



Kantonsrat

Dringliches Postulat Daniel Piazza und Mit. (namens der CVP-Fraktion) für ein umwelt- und klimafreundlicheres Beschaffungswesen – Stärkung des Kantons Luzern als Vorbild für uns alle

Eröffnet am

Der Regierungsrat wird ersucht, das kantonale Recht im Bereich des Beschaffungswesens so anzupassen, dass dem Umweltschutz, der Ressourcen- und Energieeffizienz, der Bekämpfung des Klimawandels sowie der Förderung von Innovationen sobald wie möglich höheres Gewicht zukommt.

Begründung:

Der Kanton Luzern hat mit seinem Investitions- und Konsumverhalten eine Vorbildfunktion einzunehmen. Schon heute finden zwar Ressourcen- und Umweltkriterien regelmässig Eingang in die Ausschreibungen des Kantons Luzern, sei es bei der Beschaffung von Produkten oder bei der Realisierung von Bauwerken. Aber diese Vorbildfunktion muss gestärkt werden.

Ganz in diese Richtung geht die aktuell laufende Debatte in den eidgenössischen Räten zur Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB): Die öffentliche Auftragsvergabe soll besser genutzt werden, um gemeinsame gesellschaftliche Ziele zu erreichen. Dazu zählen gemäss der bundesrätlichen Botschaft insbesondere auch der Umweltschutz, eine höhere Ressourcen- und Energieeffizienz und die Bekämpfung des Klimawandels sowie die Förderung von Innovationen. Bei den Zuschlagskriterien soll das Kriterium der «Nachhaltigkeit» auf Gesetzesstufe gestärkt werden. Aspekte der Umweltverträglichkeit (z.B. bzgl. Schadstoffgehalt, Wasser-, Boden- und Luftbelastungen) sowie der Ressourcenschonung und -effizienz (z.B. in der Herstellung, Nutzung und Entsorgung) erhalten neu ein grösseres Gewicht. Zudem sollen Innovative und ressourcenschonende Technologien bessere Chancen haben, da sie langfristig wirtschaftlicher als veraltete und ressourcenintensive Leistungen sind, was zusätzlich zur verbesserten Nachhaltigkeit auch die Wettbewerbsfähigkeit des Landes steigert.

Läuft alles wie erwartet, wird die Totalrevision des BöB auf Bundesebene in der bereits angelaufenen Sommersession der Eidg. Räte noch im Juni 2019 – spätestens aber anlässlich der Herbstsession im September 2019 - beschlossen sein. Wir bitten den Regierungsrat auf eine möglichst rasche Verabschiedung der «Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB)» hinzuwirken und anschliessend eine zeitnahe Überführung dieser Vorschriften in das kantonale Recht in die Wege zu leiten.

Dani Piazza und Mitunterzeichnende
Namens der CVP Fraktion